

Leopard-Deal sorgt für mächtig Arger

Der geplante Verkauf von deutschen „Leopard“-Kampffahrern an Saudi-Arabien sorgt für Wirbel. Doch die

Bundesregierung schweigt – angeblich, weil solche Deals immer schon geheim waren. Die Grünen-Europa-

abgeordnete Barbara Lochbihler verurteilt die Lieferung im NP-Interview scharf. Doch auch Unionsabgeord-

nete melden Bedenken an gegen das Geschäft mit dem autoritär regierten Oststaat.

Die Angst vor einer Rebellion bestimmt die brutale Politik der Saudis

VON BIRGIT CERHA

RIAD. Angst vor dem „Bazilik“ Freiheit. Seit zu Jahresbeginn der „Frühling der Freiheit“ endlich auch die arabische Welt erreicht hat, steigen sich die ersten Ängste die Hauses Saud um seine autokratische Herrschaft über einen der reichsten Ölstaten der Welt. Demokratische friedliche Bürger haben den traditionellen geostategischen Rivalen Iran als gefährlichsten Feind der saudischen Monarchie abgelöst. Diesen „Bazilik“ Einhalt zu gebieten, ist seither Hauptanliegen der Führer des Königreiches. Im eigenen Land hat der durchaus etwas reformwillige König Abdullah aber nach ersten Anzeichen einer „Anstreckung“ im März die Mutawas (die traditionell zuschlagende Religionspolizei) mit großzügigen finanziellen Gaben beschenkt, so gestärkt und damit dem Volk eine Botschaft vermittelt: Der alte Bund mit dem ultrakonservativen Establishment der Wahabiten, einer extrem strengen

Glaubensrichtung des Islams, bleibt bestehen. Und rasch haben die Geistlichen jegliche Proteste gegen Herrscher (vor allem die saudischen) als „unislamisch“ verdammt. Die Nachrichten aus dem Land der Scheichs haben es in sich: Frauen, die sich einem Verbot widersetzen und ihre Autos selbst steuern, wurden festgenommen. Ein Akademiker, der auf seiner Facebook-Seite über ein Saudi-Arabien ohne die Königsfamilie sinnierte, erlief eine dreimonatige Gefängnisstrafe. Am härtesten trifft es, wie stets, die schiitische Minderheit in den östlichen Ostprovinzen. Hunderte wurden bei Demonstrationen für die Freilassung eines führenden Geistlichen festgenommen. Die Botschaft des engsten US-Ver-

bündeten im arabischen Raum ist klar: Nicht der geringste Dissens wird geduldet. Forderungen nach einer konstitutionellen Monarchie finden kein Gehör. Offen hatte Riad seit Beginn des „arabischen Frühlings“ seine Sympathie für die bedrängten Despoten gezeigt. Persönlich setzte sich Abdullah bei US-Präsident Barack Obama im Februar zu Gunsten des bedrängten ägyptischen Amtskollegen Mubarak ein. Vorgeblich. Zugleich hält Saudi-Arabien nach alter Tradition seine Tore für gestürzte Diktatoren offen. Einst war es der ugandische Schlichter Idi Amin gewesen, der im Königreich ein Leben nach seiner blutigen Herrschaft genießen durfte. Nun schätzt der im Januar gestürzte tuneser Ben Ali sein Dasein in einer Villa am Roten Meer. Jemens Despot Saleh, der sich seit Monaten brutalmöglich weigert, dem Schrei der Massen nach Demokratie Gehör zu schenken, kuriert in einem Luxus-Hospit-

al in Saudi-Arabien die ihm durch einen Bombenanschlag zugefügten Wunden aus. Zugleich versucht Riad nach informierten Kreisen alles, um Syriens Diktator Assad die Macht zu erhalten. Wie sie bisher bestand – das geostrategische Gleichgewichts – besitzt höchste Priorität. Dabei schweigt Riad auch nicht vor Militäreinsätzen zurück, weder im eigenen Land noch außerhalb der Grenzen. Nicht im Jemen, wo die Saudis vor zwei Jahren Salehs Militär durch eigene Einätze im Kampf gegen die schiitischen Houthis-Rebellen im Norden intensiv unterstützten. Und schon gar nicht in dem durch einen Damm mit dem Königreich eng verbundenen Bahrain. 1200 saudische Soldaten haben dort dem durch eine schwer diskriminierte schiitische Minderheit bedrängten sunnitschen Königshaus bei brutaler Niederschlagung des Aufstands beigestanden. Denn die letzte Angst vor Rebellion bestimmt die Politik des Hauses Saud.

Waffen für Saudi-Arabien



NP-INTERVIEW

„Man drückt gleich zwei Augen zu“

Die Menschenrechtsexpertin Barbara Lochbihler sitzt für die Grünen im Europarat. Sie kritisiert die Panzerlieferung.

Es gibt zum Beispiel Auspeitschungen oder Hinrichtungen nach konservativer Auslegung des islamischen Rechts sowie eine völlige Unterdrückung von Pressefreiheit oder Frauenrechten. Was neu hinzu kommt Riad mischt bei den arabischen Aufständen auf der Seite der Herrschenden mit. Die Saudis sind in Bahrain einmar-



schürt, es wurden dort Waffen und Panzer gegen friedliche Demonstranten eingesetzt. Es gibt ebenfalls Berichte, dass die Saudis Luftangriffe im nördlichen Jemen durchführten.

VON PETRA RÖCKEL

CDU-Mann Mißfelder spricht von „Realpolitik“. Warum sollte man den Saudis eigentlich keine Panzer liefern? Man muss die realen Verhältnisse in Saudi-Arabien zugrunde legen, bevor man sich entscheidet, dorthin Waffen zu liefern. Es ist ja nichts Neues, dass auch Deutschland Menschenrechtsverletzungen dort kritisiert hat. Da kann man doch jetzt nicht so tun, als gäbe es diese plötzlich nicht mehr. Es sei denn, man drückt gleich zwei Augen zu. Realpolitik ist, immer zu wenig und zu wenig konkretes zu kritisieren.

Wie kommt es zum Sinneswandel Berlins?

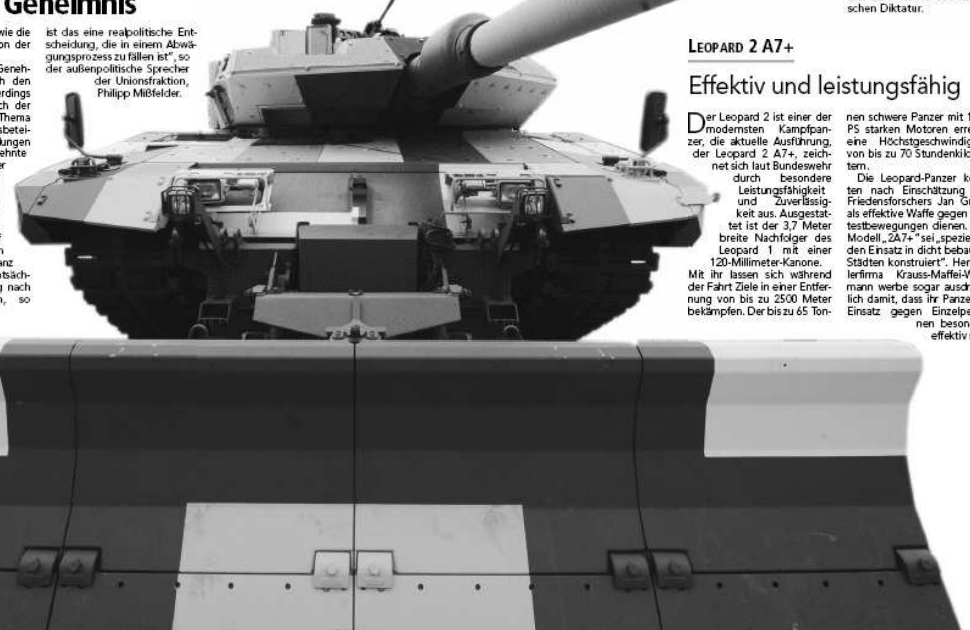
Offensichtlich haben jetzt die wirtschaftlichen Interessen klar Vorrang. Aber man kann doch nicht in eine Region, die so in Aufruhr ist, Waffen schicken. Das deeskaliert die Situation nicht, das verschärft sie nur. Man will offiziell verhindern, dass es zum Wettläufen in der Region kommt, und macht de facto das Gegenteil. Deutschland macht sich hier zum Helfer der saudischen Diktatur.

Geschäft ist ein großes Geheimnis

BERLIN. So viel Schweigen war schon lange nicht mehr in Berlin. Kein offizielles Wort gibt es von Seiten der Bundesregierung bislang zum Panzergeschäft mit Saudi-Arabien. Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Vize Philipp Rösler und Außenminister Guido Westerwelle (beide FDP), die den Abrüstung sonst so besonders am Herzen liegt – sie alle berufen sich darauf, dass der Bundessicherheitsrat über Rüstungsgeschäfte geheim entscheidet. Doch das heikle Milliardengeschäft sorgt auch in der Koalition für Irritationen. CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier sprach von „verschiedenen Auffassungen“ in der Union. Menschenrechtsexpertin Erika Steinbach (CDU) meldete „erhebliche Bedenken“ an. Der ehemalige FDP-Chef Wolf-

gang Gerhardt verlangte wie die Opposition Aufklärung von der Regierung. Inoffiziell wurde die Genehmigung des Deals durch den Bundessicherheitsrat allerdings bestätigt. Heute wird sich der Bundestag mit dem Thema befassen. Eine Parlamentsbeteiligung an den Entscheidungen über Rüstungsexporte lehnte Unionsaktionschef Volker Kauder aber ab. Saudi-Arabien soll Interesse an rund 200 Exemplaren des Leopard 2 haben. Experten schätzen den Wert auf mindestens 1,7 Milliarden Euro. Einer sieht es ganz praktisch: „Solte es tatsächlich zur Panzer-Lieferung nach Saudi-Arabien kommen, so

ist das eine realpolitische Entscheidung, die in einem Abwägungsprozess zu fällen ist“, so der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder.



LEOPARD 2 A7+

Effektiv und leistungsfähig

Der Leopard 2 ist einer der modernsten Kampfpanzer, die aktuelle Ausführung der Leopard 2 A7+, zeichnet sich laut Bundeswehr durch besondere Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit aus. Ausgestattet ist der Leopard 2 A7+ mit einer 120-Millimeter-Kanone. Mit ihr lassen sich während der Fahrt Ziele in einer Entfernung von bis zu 2500 Meter bekämpfen. Der bis zu 65 Ton-

nen schwere Panzer mit 1500 PS starken Motoren erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von bis zu 70 Stundenkilometern. Die Leopard-Panzer können nach Einschätzung des Friedensforschers Jan Grebe als effektive Waffe gegen Protestbewegungen dienen. Das Modell „2A7+“ sei „speziell für den Einsatz in dicht bebauten Städten konstruiert“. Hersteller Krauss-Maffei-Wegmann werde sogar ausdrücklich damit, dass ihr Panzer im Einsatz gegen Einzelpersonen besonders effektiv sei.

STARKER KOLOSS: Der neue „Leopard“. Der Verkauf von bis zu 200 Panzern an Saudi-Arabien wäre für die deutsche Rüstungsindustrie ein Milliardengeschäft.

China überwacht Bürger mit Hilfe von US-Firmen

Cisco, Dell und Co. liefern Speicher- und Netzwerktechnik. Aktivisten klagen vor Gericht in Maryland.

Für US-Firmen geht es um gute Geschäfte, für die Regierung angeblich um Kriminalitätsbekämpfung: China überwacht seine Bürger immer genauer.

VON MARCEL GRZANNA

PEKING. China treibt die lückenlose Kontrolle seiner Staatsbürger rasant voran. Der nächste große Schritt zur geplanten Totalüberwachung von mehr als 1,3 Milliarden Menschen durch die Regierung ist die Ausstattung der Megacity Chongqing im Westen des Landes mit 500.000 Kameras. Um die gewaltigen Datenmengen zu sammeln, zu speichern und zu koordinieren, sucht und fin-

det China die Unterstützung westlicher Unternehmen. Es sind die üblichen Verdächtigen. Die Stadt Chongqing leugnet, dass die Technik zur Unterdrückung der eigenen Bürger eingesetzt werden soll. Stattdessen gehe es ausschließlich um eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, weil die Kriminalitätsrate stiege. Insgesamt will die Staatsführung in den kommenden Jahren mehrere Hundert Großstädte flächendeckend mit Kameras und Identifizierungssoftware ausstatten. Jedes oppositionelle Bestreben kann bereits im Keim erstickt werden. Erfahrungen aus Shenzhen, wo die Zahl der Kameras in Zukunft auf bis zu zwei Millionen Hettern soll, weisen darauf hin, dass die Sorge berechtigt ist. In zahlreichen Fällen

von Kindesentführung verzichtete die Polizei auf emsthaftige Strafverfolgung, obwohl ihr glasklare Beweise und Bilder von den Entführern vorlagen. Wieso also nutzen die Beamten die Technik, die angeblich zur Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt wird, nicht zur Aufklärung von Kapitalverbrechen?

Die Widersprüchlichkeit ist auch in den Firmenzentralen von Cisco oder HP bekräftigt. Doch dort werden Bedenken aus wirtschaftlichem Interesse ausgeblendet. „Es ist nicht meine Aufgabe, wirklich zu verstehen, wofür die es benutzen. Mein Job ist es, auf deren Anfrage einzugehen“, sagte Hqs Vizewortstand Todd Bradley nach „Wall Street Journal“. Cisco indes beteuert, dass man sehr genau

prüfe, für welche Projekte man den Chinesen die Computertechnik zur Verfügung stellt. Bestätigen wollte Cisco das Geschäft nicht. Welche Auswirkungen die Überwachung in China für Aktivisten haben kann, das haben die drei Internetautoren Du Daobin, Liu Xiaobin und Zhou Yuanzhi erfahren. Sie wurden bedroht, eingesperrt und körperlich mishandelt, weil sie im Internet für ihr Recht auf freie Rede gekämpft hatten. Das Trio hat im vergangenen Monat bei einem Gericht im US-Bundesstaat Maryland Klage gegen Cisco eingereicht. Die Aktivisten argumentieren, dass Ciscos Computertechnik es der chinesischen Regierung ermöglicht habe, sie in der Cyberwelt zu identifizieren.



ÖFFENTLICHER PROZESS: In Chongqing werden Bürger streng überwacht.